

Kennzeichnungs, Registrier- und Kastrationspflicht für Freigängerkatzen in der Stadt Spangenberg

„Katzenschutzverordnung“

Der Magistrat der Stadt Spangenberg hat in seiner Sitzung am 21.07.2016 aufgrund des § 21 Abs. 3 der „Verordnung zu Änderung der Delegationsverordnung und anderer Vorschriften“ des Landes Hessen vom 24.04.2015 (GVBl. Nr. 10 vom 30.04.2015), § 13 b Tierschutzgesetz (TierSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.05.2006 (BGBl. I S. 1206, 1313) – geändert durch das Dritte Änderungsgesetz vom 04.07.2013 (BGBl. I S. 2182) und Artikel 4 Absatz 90 des Gesetzes vom 07.08.2013 (BGBl. I S. 3154) den Erlass folgender „Katzenschutzverordnung“ beschlossen:

§ 1

Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierpflicht

- 1.) Katzenhalter/innen, die ihrer Katze unkontrollierten Zugang ins Freie gewähren, haben diese zuvor von einem Tierarzt kastrieren und mittels Tätowierung oder Mikrochip kennzeichnen sowie registrieren zu lassen.
- 2.) Dies gilt nicht für weniger als fünf Monate alte Katzen.
- 3.) Als Katzenhalter/in im vorstehenden Sinne gilt auch, wer freilaufenden Katzen regelmäßig Futter zur Verfügung stellt.
- 4.) Für die Zucht von Rassekatzen können auf Antrag Ausnahmen der Kastrationspflicht zugelassen werden, sofern eine Kontrolle und Versorgung der Nachzucht glaubhaft dargelegt wird.

§ 2

Durchführung und Überwachung

- 1.) Der Nachweis über die Kastration und die Registrierung ist dem Bürgermeister der Stadt Melsungen, Gemeinsames Ordnungsamt, auf Verlangen vorzulegen.
- 2.) Wird eine unkastrierte Katze im unkontrollierten Freigang angetroffen, so kann dem Halter/der Halterin auferlegt werden, das Tier kastrieren, kennzeichnen und registrieren zu lassen.

§ 3

Bußgeldvorschriften

Vorsätzlich oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen Gebote dieser Verordnung können mit einer Geldbuße geahndet werden. Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Ziffer 1 OWiG ist der Bürgermeister der Stadt Melsungen für den Ordnungsamtsbezirk.

- 1.) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- a) gegen § 1 Absatz 1 zuwiderhandelt,
- b) entgegen § 2 Abs. 1 die Nachweise auf Verlangen nicht vorlegt.

2.) die Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 können mit einer Geldbuße von bis zu fünftausend Euro geahndet werden.

§ 4 In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am 01.10.2016 in Kraft.

Spangenberg, 07. Sep. 2016

Der Magistrat
der Stadt Spangenberg


Tiggas, Bürgermeister